

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger, Franz Schindler, Horst Arnold, Inge Aures, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Franz Maget, Reinhold Perlak, Florian Ritter, Harald Schneider, Stefan Schuster** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 16/13268

Neuordnung der Aufsicht über das Landesamt für Verfassungsschutz

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die in der Presse bekanntgegebenen Pläne zur Stärkung der Aufsicht über das Landesamt für Verfassungsschutz und die stärkere Verzahnung der Arbeit des Verfassungsschutzes und der Kriminalpolizei zu berichten und hierbei insbesondere darauf einzugehen,

- weshalb sie eine Stärkung der Aufsicht des Staatsministeriums des Innern (StMI) über das Landesamt für Verfassungsschutz für erforderlich hält,
- welche Änderungen im Organisationsaufbau des StMI vorgenommen und welche Ziele damit erreicht werden sollen,
- welche sonstigen Änderungen der Aufgaben, Befugnisse, Organisation und Arbeitsweise des Landesamtes für den Verfassungsschutz sie für erforderlich hält,
- inwieweit die Pläne mit der Bund-Länder-Kommission Rechtsterrorismus abgestimmt sind,
- welche Pläne zur Neustrukturierung der Sicherheitsbehörden im Bund und in den anderen Ländern vorliegen und
- ob sie vor weiteren organisatorischen Änderungen die Ergebnisse und den Abschlussbericht des vom Landtag eingesetzten Untersuchungsausschusses „NSU“ abzuwarten gedenkt?

Die Präsidentin

I.V.

Franz Maget

II. Vizepräsident